



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/97 - 26.4.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber Q39 690

Südwest-Koalition eine Schlappe für Bonn	S. 1
Neue Taktik der KP in Österreich	S. 3
Folgen der Kanzler-Kapitulation <i>Saar</i>	S. 5

## Eine gute Lösung

K.P.Sch. - Baden-Baden

Mit der Wahl des bisherigen Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden, Dr. Reinhold Maier, zum neuen Ministerpräsidenten des größeren Landes Baden-Württemberg hat ein Interregnum von ein- einhalb Monaten seinen Abschluß gefunden, auf den wohl die ganze deutsche Öffentlichkeit mit zunehmender Spannung wartete. Der Ausgang der Wahlen vom 9.3. ließ eigentlich zunächst alle Möglichkeiten offen: Die CDU wurde bekanntlich mit 50 Mandaten die stärkste Partei, die Sozialdemokraten folgen mit 38, die FDP-DVP mit 23. Der BHE hatte sechs Mandate erringen können und auch für die Kommunisten waren ein paar Mandate übrig geblieben, da sie in einigen Orten mit Ach und Krach die Fünfprozent-Klausel überschreiten konnten.

Anfänglich verhandelte man über die Bildung einer großen Koalition, wobei die von der SPD-Fraktion bewiesene parlamentarische Loyalität, nach demokratischer Tradition der stärksten Partei die Regierungsinitiative zuzugestehen, offenbar etwas voreilig als Bereitschaft gedeutet wurde, eine solche große Koalition unter allen Umständen zu verwirklichen. Grundsätzlich wäre eine solche große Koalition aller Verfassungsparteien wohl kaum eine glückliche Dauerlösung gewesen, da ein solches Gebilde immer nur durch einen Notstand gerechtfertigt wird. Im Zusammenwirken aller Verfassungsparteien in der Regierung fehlt allzuleicht das natürliche Gegengewicht einer demokratischen Opposition, wodurch extreme und verantwortungslose Richtungen im Trüben fischen können. Wie schwer aber auch innerhalb einer solchen großen Koalition eine natürliche Gemeinschaft der Partner zu bewahren ist, beweist das Beispiel Berlins, wo zwar zweifellos ein Notstand vorhanden ist, wo aber die so uneinheitliche

Koalition von SPD, CDU und FDP trotz alledem nur auf Widerruf von einer Krise zur anderen existiert.

Praktisch blieben also nur drei Wege der Regierungsbildung: Eine Koalition von CDU und SPD, die wohl bei den Wahlverhältnissen in Südwestdeutschland das überraschendste Ergebnis gewesen wäre, eine Koalition der CDU und FDP-DVP nach Bonner Muster und schließlich die bereits in Württemberg-Baden erprobte und bewährte Koalition der SPD mit den Demokraten unter Einbeziehung des BHE.

Daß nach hartnäckigen und widerspruchsvollen Verhandlungen schließlich diese letzte Koalitionsmöglichkeit realisiert wurde, bedeutet einen Sieg der Demokratie und des Fortschritts auf mehr als einem Gebiet. Das trifft auch bundespolitisch insofern zu, als die Regierungsbildung in Baden-Württemberg die Vorherrschaft der Bonner Koalition im Bundesrat vorläufig beendet hat. Natürlich ist man in der CDU darüber recht erbost und Herr von Brentano hat in seinem Zorn die FDP bereits als "Steigbügelhalter der SPD" zu diffamieren versucht, worauf diese nur mit dem Hinweis antwortete, in Bayern arbeiteten ja auch CSU und FDP Hand in Hand. Andererseits erweist die Regierungsbildung in Baden-Württemberg, daß im Südwesten wie in den Hansestädten noch ein echter und vitaler Restbestand jenes politischen Liberalismus vorhanden ist, der schon in den letzten Jahren des Kaiserreichs und der Weimarer Republik an der Seite der Sozialdemokratie stand und nicht gewillt ist, ohne weiteres nach der Pfeife des in der gesamtdeutschen FDP vorwiegend vertretenen Besitzbürgertums zu tanzen. Dabei hat es wahrhaftig nicht an Versuchen gefehlt, auf die Demokratische Volkspartei in Stuttgart von Bonn aus einen Druck auszuüben und sie 'auf Linie' zu bringen.

Von größter Bedeutung ist die Zusammensetzung der neuen Regierung von Baden-Württemberg für die Kultur- und Schulpolitik des kürzlich aus der Taufe gehobenen zweitgrößten Bundeslandes. In Württemberg-Baden und Südbaden existierte bisher die Simultanschule, während in Süd-Württemberg das System der Konfessionsschule bestand. Eine Regierungsbeteiligung der vorwiegend katholischen CDU hätte im Laufe der Zeit unweigerlich zur Konfessionalisierung des gesamten Schulwesens im Südwesten geführt. Die jüngsten Vorgänge in Rheinland-Pfalz zeigen zur Genüge, wie wenig die CDU kulturpolitische Zusicherungen einzuhalten gewillt ist, mit denen sie auch bei den Vorverhandlungen über die Regierungsbildung in Baden-Württemberg nicht sparsam umging. Die Kultur- und Schulpolitik in Zeichen der CDU hätte unvermeidlich ein Regime konfessionaler Intoleranz über die Gewissen errichtet, wogegen jetzt die selbstverständliche Forderung weltanschaulicher Toleranz schon durch die Person des Kultusministers Schenkel, eines religiösen Sozialisten, eine befriedigende Erfüllung finden dürfte.

KP-Fischzug bei der Intelligenz

O.R.-Wien, Ende April 1952

Große KP-Aktionen verlaufen in Österreich immer im Sande. Es würde den Provokateuren kaum gelingen, die Arbeitermassen für ihre Zwecke einzuspannen; die Sozialisten sind auf der Hut. So haben sie eine neue Taktik eingeschlagen und versuchen nun, Wankelmütige mit großen Namen hinters Licht zu führen. In Urfahr, der russisch besetzten Schwesterstadt von Linz, "gastierte" Otto Nuschke. Er kam über Prag und Wien und fragte keinen österreichischen Grenzposten, ob er einreisen dürfe. Er ließ sich auch nicht als Mitglied einer kommunistischen Regierung ansprechen, sondern trat als Mann der CDU auf. Vielleicht hat er mit seinem Kollegen Prof. Dobretsberger gesprochen, der auf die gleiche Tour in Österreich Politik zu betreiben versucht. Dobretsbergers "Demokratische Union" will nämlich besonders die katholischen Österreicher für den Kommunismus ködern. Seine Erfolge waren nicht sonderlich groß, aber er versteht es immer wieder, sich als Retter Österreichs, eines Österreich, das natürlich die besten Beziehungen zum Osten haben müßte, aufzuspielen. Man hat ihm aus dieser Tätigkeit noch keinen Strick gedreht.

Was ihm schadet, ist seine antinazistische Vergangenheit. Die Nazis, deren Stimmen er gerne haben möchte, haben es ihm natürlich nicht vergessen, daß er im Sender Kairo gegen die Achse wetterte. Für diesen Wählerflügel haben die Russen aber einen anderen Mann in den Sattel gehoben, einen Offizier der Waffen-SS, der noch dazu Akademiker ist: Dr. Slawik. Er hat vornehmlich die Aufgabe, die früheren Nationalsozialisten für den Osten zu bekehren. Bei einigen ist es ihm schon gelungen. Seine Organisation beschränkt sich durchaus nicht auf den durch die Sowjets besetzten Osten des Staates, sondern sie sucht ihre Freunde auch im Westen, so wie die russischen Geschäftsunternehmungen in letzter Zeit (und leider mit Erfolg) sich gefügiger Kaufleute im Westen bedienen, um ihre wirtschaftliche Sabotagetätigkeit gründlicher zu betreiben.

Im Westen, an der Universität Graz, sitzt ein warmer Freund der KP, Prof. Brandweiner. Er war bis vor kurzem Ordinarius für Völkerverrecht und internationales Kirchenrecht und hat es bis zum Vorsitzenden der "Internationalen Vereinigung demokratischer Juristen" gebracht, die von Moskau eine wichtige Aufgabe gestellt bekam: Sie sollte feststellen, daß die Vereinten Nationen in Korea und in China chemische und bakteriologische Waffen angewendet haben. Und das tat sie. Der österreichische Universitätsprofessor deckte die aus der Luft gegriffenen Beschuldigungen mit seinem Namen. Als der Wiener Friedensrat in diesem Zusammenhange eine Kundgebung ankündigte, riß dem US-Hochkommissar die Geduld, er verbot sie. Sie sollte nämlich nicht nur im amerikanischen Sektor der Bundeshauptstadt stattfinden, sondern sogar im Messepalast, in dem auch US-Dienststellen untergebracht sind ...

Gerade der Fall Brandweiner zeigt deutlich die neue Generallinie der Sowjets in Österreich. Da die Arbeiter in ihrer Masse keine Lust zeigen, mit der KP gemeinsame Sache zu machen, versuchen die Kommunisten, sich etwas anfälliger und zur Rückversicherung geneigter "Bürgerlicher" zu bedienen, wobei es ihnen besonders auf bekannte Namen ankommt. Und da macht es ihnen auch gar nichts aus, wenn der geneigte Intelligenzler etwas belastet mit Vergangenheit ist, wie etwa der Professor Brandweiner, der Mitglied der Dollfuß'schen "Vaterländischen Front" und gleichzeitig illegaler Angehöriger der NSDAP war. Auf die Frage eines Journalisten bei einer Pressebesprechung mit den Mitgliedern der Korea-Kommission, ob die faschistische Vergangenheit Brandweiners bekannt sei und auch, daß er Offizier bei einem Hitler'schen Kriegsgericht war, hörte man die aufschlußreiche Antwort, man halte mehr von einem früheren Nazi, der sich als Demokrat bewährt (!), als von Leuten, die sich Demokraten nennen, aber wie Nazis gebärden ...

+ + +

Folgen der Kanzler-Kapitulation

ae. Das Verbot der Gründungsversammlung von CDU und der Deutschen Sozialdemokratischen Partei an der Saar kommt nicht überraschend. Es lag gewissermaßen in der Luft. Das Verbot erfolgte unter Berufung auf angebliche Formfehler der Antragsteller. Ein allzu durchsichtiger Vorwand, um überzeugend zu wirken. Vor der letzten Saardebatte im Bundestag bestanden noch Zweifel, ob Saar-Hoffmann es wirklich wagen würde, die Zulassungsanträge der CDU und der ~~ESDS~~ in den Schubbüchern liegenzulassen. Der Ausgang dieser Debatte mußte Hoffmann überzeugen, daß er zu diesen Polizeimethoden greifen kann, ohne besondere Schwierigkeiten von der deutschen Bundesregierung befürchten zu müssen.

Dieser neue und freche Akt von polizeilicher Willkür an der Saar steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem vom Bundeskanzler selbst eingestandenem Fiasko seiner Saar-Politik. Daß das Verbot auch die Partei des Kanzlers selbst betrifft, ist mit einer jener Herausforderungen, die sich Hoffmann im Schatten der französischen Macht leisten kann. Er hat, vorläufig wenigstens, alle Trümpfe in der Hand: Das Eingeständnis Adenauers, die Lösung der Saarfrage auf den Friedensvertrag zu verschieben, und den erklärten Willen der französischen Regierung, die Ausgliederung des Saargebietes aus Deutschland unter allen Umständen beizubehalten.

Saar-Hoffmanns Gegenschlag schafft neue Tatsachen. Er ist mit seiner Absicht, die Monopolstellung der bestehenden frankophilen Parteien auch für die kommenden Landtagswahlen zu sichern, beträchtlich weitergekommen. Mit Hilfe des vom Saarländischen Landtag beschlossenen undemokratischen Parteiengesetzes kann er jede Opposition mundtot machen oder sie, falls er sie eines Tages zulassen sollte, so schikanieren, daß sie nicht ausreichend zum Zuge kommt.

Das wird, das läßt sich wohl heute schon sagen, die Regierungskoalition nicht sonderlich beunruhigen. Sie gab, wie schon bei früheren Gelegenheiten, durch die Verwerfung des sozialdemokratischen Saarantrages dem Kanzler geradezu eine Blanko-Vollmacht, die Dinge an der Saar bis auf weiteres laufen zu lassen. Denn für diese Regierung steht viel Wichtigeres auf dem Spiel. Sie will mit aller Macht und recht bald die zwölf deutschen Divisionen der Europa-Armee, auch wenn der Preis die Opferung der Saar sein sollte.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raukau